

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Rat - öffentlich

Sitzungstermin: Dienstag, 24.03.2015

Raum: Gut Wahnbek, An der Bäke 39, 26180 Rastede

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:13 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ratsvorsitzender

Herr Timo Kirchhoff CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Bürgermeister Dieter von Essen CDU

Herr 1. stv. BM Torsten Wilters CDU

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Erich Bischoff CDU

Herr Alexander von Essen CDU

Herr Oliver Finkeisen CDU

Herr Kai Küpperbusch CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Thorsten Menke CDU

Frau Gerta Pfeifer CDU

Herr Hans-Dieter Röben CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Reiner Wessels CDU

Herr 2. stv. BM Klaus Hillen FFR

Herr Rainer Zörgiebel FFR

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Detlef Bredow SPD

Herr Dieter Güttler SPD

Frau Sylke Heilker CDU

Herr Wilhelm Janßen SPD

Frau Sabine Koopmann SPD

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Herr Rainer Meyer SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Horst Segebade SPD

Herr Werner Skirde SPD

Herr Levent Süre SPD

Frau Dr. Sabine Eytting B90/Grüne

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Niederschrift

Frau Inge Langhorst	B90/Grüne
Frau Friederice Pirschel	B90/Grüne
Herr Eckhard Roese	B90/Grüne

Ehrenratsmitglieder

Herr Hans-Hermann Schlange	SPD
----------------------------	-----

Verwaltung

Herr Günther Henkel	
Herr Hans-Hermann Ammermann	
Herr Fritz Sundermann	
Herr Stefan Unnewehr	
Frau Hanna Binnewies	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Ralf Kobbe	Protokoll
Herr Stefan Tölen	Technik

Gäste

Herr Nordwest-Zeitung Frank Jacob
Frau Rasteder Rundschau Britta Lübbers
Herr Wolfgang Wittig von der Zeitschrift "Der Wiefelsteder"
sowie 10 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Thorsten Bohmann	CDU
-----------------------	-----

Ehrenbürgermeister

Herr Dieter Decker	CDU
--------------------	-----

Ehrenratsmitglieder

Frau Marianne von Essen	CDU
Herr Hans-Gerold Finkeisen	CDU

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.12.2014
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2015/011
- 6 Straßenbenennung im Gewerbegebiet Liethe
Vorlage: 2014/121
- 7 Haushalt 2014 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben unter 5.000 Euro (Jahresrechnung)
Vorlage: 2015/019
- 8 Haushalt 2014 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro
Vorlage: 2015/020
- 9 Fortschreibung des Gleichstellungsplans nach dem Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz
Vorlage: 2015/031
- 10 Resolution Förderschule Am Voßbarg - CDU Fraktion
Vorlage: 2015/034
- 11 Bericht des Bürgermeisters
- 12 Einwohnerfragestunde
- 13 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Kirchhoff eröffnet die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 17:00 Uhr.

Anmerkung: Nach der Eröffnung der Sitzung bittet Bürgermeister von Essen den Rat, sich zu Ehren des am 6. Februar 2015 verstorbenen ehemaligen Gemeindedirektors Konrad Ullrich zu erheben.

Der Verstorbene Konrad Ullrich hat die Gemeinde Rastede vom 1. September 1967 bis zum 1. März 1991 über einen Zeitraum von mehr als zwei Dekaden maßgeblich mitgeprägt und ist deshalb in der Erinnerung nach wie vor sehr präsent. Die Gemeinde Rastede ist ihm dankbar für die geleistete Arbeit und wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der komplette Nachruf ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ratsvorsitzende Herr Kirchhoff stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 34 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Rat beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.12.2014

Der Rat beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 16.12.2014 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 5

**Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2015/011**

Sitzungsverlauf:

Herr Bischoff und Herr Menke nehmen an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Herr Thorsten Menke wird erneut für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Einheit Hahn berufen.

Herr Kai-Uwe Addicks wird mit sofortiger Wirkung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Hahn entlassen.

Herr Eike Stahmer wird mit sofortiger Wirkung für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Hahn berufen.

Herr Erich Bischoff wird erneut für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Einheit Ipwege-Wahnbek berufen.

Herr Jürgen Dörr wird erneut für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Einheit Südbäke berufen.

Herr Markus Meyer wird mit sofortiger Wirkung für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Einheit Loy-Barghorn berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

Straßenbenennung im Gewerbegebiet Liethe
Vorlage: 2014/121

Sitzungsverlauf:

Frau Eytling bemerkt, dass der Name „Gut Rehorn“ aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr unglücklich ist, zumal die Straße nicht zum Gut führt und es obendrein zu Verwechslungen mit dem Rehornweg kommen kann.

Beschluss:

Die im Rahmen der Erschließung des Gewerbegebietes Liethe neu entstehende Gemeindestraße erhält die Bezeichnung „Gut Rehorn“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Haushalt 2014 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben unter 5.000 Euro (Jahresrechnung)

Vorlage: 2015/019

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt von jeweils unter 5.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

Haushalt 2014 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro
Vorlage: 2015/020

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von jeweils über 5.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

Fortschreibung des Gleichstellungsplans nach dem Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz

Vorlage: 2015/031

Sitzungsverlauf:

Frau Sager-Gertje bemerkt, dass sich der bis zum Jahr 2010 verpflichtende Frauenförderplan und der erstmals 2012 beschlossene Gleichstellungsplan in relativ kleinen Kommunen wie die Gemeinde Rastede im praktischen Bereich nur unwesentlich voneinander unterscheiden. Zwei essenzielle Vorteile des Gleichstellungsplans liegen indes darin, dass bessere Vergleiche zwischen den jeweiligen Besoldungs- und Entgeltgruppen gezogen und nicht nur die Unterrepräsentanzen von Frauen, sondern auch die der Männer erfasst werden können. Sie weist zudem darauf hin, dass in kleineren Kommunen wie Rastede zu wenig hochdotierte Beamtenstellen vorhanden sind, sodass dort eine Gleichstellung zwischen Frauen und Männern kaum erreicht werden kann. Auffällig ist in Rastede nur, dass insbesondere in den unteren Besoldungsgruppen A6, A7 und A9 keine Männer vertreten sind. Bei den Tarifbeschäftigten ist bemerkenswert, dass von 61 weiblichen Beschäftigten 41 in Teilzeit arbeiten, von den 57 männlichen Beschäftigten jedoch nur 8. Dies spiegelt nach ihrer Sicht auch den bundespolitischen Trend wider, nach dem Frauen in der Regel die Familienarbeit leisten und deshalb eher in Teilzeit arbeiten. Bei den Tarifbeschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst ist die Lage aus Sicht der SPD-Fraktion noch krasser. Dort gibt es 68 weibliche Beschäftigte und tatsächlich drei Männliche. Dies zeigt, dass die Kinderkrippen und Kindergärten fest in weiblicher Hand sind. Und nicht nur, weil dies ein durch und durch weiblicher Beruf ist, sondern weil die Bezahlung für Männer nicht attraktiv ist. Sie betont abschließend, dass der Gleichstellungsplan zwar die Möglichkeit bietet, Unterrepräsentanzen in den jeweiligen Besoldungs-, Tarif- und Entgeltgruppen darzustellen und gegebenenfalls auch gegenzusteuern, jedoch das Grundproblem eher ein gesellschaftliches ist, nämlich das Frauen nach wie vor die Familienarbeit leisten und daher sehr viel mehr in Teilzeit arbeiten und weniger an ihren Karrieren feilen und das Erziehungsberufe für Männer augenscheinlich nicht lukrativ genug sind.

Frau Eyting schließt sich vom Grundsatz her den Ausführungen von Frau Sager-Gertje an, bemerkt jedoch ergänzend, dass im Bericht teilweise von Kopfzahlen und an anderer Stelle von Arbeitszeitanteilen gesprochen wird, was bei der Beurteilung des Gleichstellungsplans zu deutlichen Irritationen führen kann. Sie weist ebenso wie Frau Sager-Gertje darauf hin, dass insbesondere in den unteren Gehaltsstufen weibliches Personal tätig ist und Teilzeit überwiegend von Frauen in Anspruch genommen wird.

Herr Wilters legt dar, dass alle Stellen in der Gemeindeverwaltung öffentlich für Frauen und Männer ausgeschrieben werden, jedoch Bewerbungen von Frauen insbesondere in höher dotierten Positionen eher selten sind.

Herr Henkel führt aus, dass die geringe Personalstärke im Rathaus dazu führt, dass kaum Fluktuation vorhanden ist. Dessen ungeachtet ist in jüngster Vergangenheit aber festzustellen, dass sich gerade bei höher dotierten Stellen zunehmend mehr Frauen bewerben. Darüber hinaus stellt er fest, dass sich nicht die Frauen im Allgemeinen, sondern unter anderem auch männliche Kollegen auf dem Bauhof in den unteren Gehaltsstufen befinden.

Frau Lamers bemerkt, dass die Frauenförderung außer Frage steht, aber Theorie und Praxis vor Ort noch auseinanderklaffen. Ziel aller Parteien muss es daher sein, weiter daran zu arbeiten, die Gleichstellung beispielsweise auch im Gemeinderat mit Leben zu erfüllen.

Herr Langhorst weist darauf hin, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits heute einen Frauenanteil von 60 Prozent hat.

Beschluss:

Die 1. Fortschreibung des Gleichstellungsplans für den Geltungszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2017 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	3
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 10

Resolution Förderschule Am Voßbarg - CDU Fraktion

Vorlage: 2015/034

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister von Essen weist darauf hin, dass in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses dem im Antrag der CDU-Fraktion formulierten Beschlussvorschlag mehrheitlich zugestimmt wurde, sodass diese Empfehlung aus dem VA heute zur Entscheidung ansteht.

Frau Lamers erklärt, dass die CDU-Fraktion voll und ganz hinter der UN - Behindertenrechtskonvention steht, jedoch die Rahmenbedingungen für den Förderbedarf an den Regelschulen derzeit noch nicht gegeben sind, während die Förderschulen wie beispielsweise die Schule Am Voßbarg hervorragende Arbeit leisten. Sie spricht sich vor diesem Hintergrund für eine Wahlfreiheit der Eltern aus und betont, dass solange nicht alle Defizite ausgeräumt sind, die Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen bestehen bleiben müssen. Der komplette Redebeitrag ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Herr Kramer weist darauf hin, dass alle Schüler der Schule Am Voßbarg ihren Abschluss machen können, da das Land das Tempo zur Umsetzung der Inklusion deutlich verringert hat. Zudem steht mehr Geld für 1600 neue Lehrkräfte und pädagogisches Fachpersonal zur Verfügung, sodass der eingeschlagene Weg richtigerweise fortgesetzt werden kann. Er legt dar, dass Niedersachsen die Inklusion an den Schulen angenommen hat und nun alle öffentlichen Schulen in inklusive Schulen umwandelt, um allen Kindern mit und ohne Behinderung einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang zu gewährleisten. Die vollständige Rede ist als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt.

Herr Roese schließt sich den Ausführungen von Herrn Kramer weitestgehend an und erinnert daran, dass das jetzt von der CDU monierte Schulgesetz mit der schrittweisen Auflösung der Förderschule Lernen in der letzten Legislaturperiode von der CDU-/FDP-Regierung auf den Weg gebracht wurde.

Herr Langhorst weist ergänzend auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin, in dem unter anderem eine Bestandsaufnahme aller Rasteder Schulen zum Stand der Inklusion gewünscht wird. Er betont, dass es aus seiner Sicht ratsam ist, sich zunächst fachkundig zu machen, um dann gegebenenfalls fraktionsübergreifend Konsequenzen aus der aktuellen Sachlage ziehen zu können.

Frau Fisbeck bemerkt, dass sie zu 100 Prozent hinter den Eltern, Schülern und Lehrern steht, die fassungslos vor dem absehbaren Ende ihrer Schule stehen. Sie betont, dass es dabei nicht um Ausgrenzung geht, sondern die Förderschule den Kindern einen Schutzraum bietet, den sie in ihrer besonderen Lebens- und Lernsituation aktuell noch brauchen. Der komplette Beitrag ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

Herr Krause führt ergänzend zu den umfangreichen Ausführungen von Herrn Kramer aus, dass die politischen Gremien in Rastede bereits 2012 geschlossen den Baumaßnahmen für eine inklusive Beschulung zugestimmt haben, sodass es richtig ist, diesen Weg jetzt konsequent weiter zu gehen. Im Übrigen macht es aus finanzieller und pädagogischer Sicht auch keinen Sinn, zwei Systeme parallel aufrecht zu erhalten.

Frau Pirschel legt dar, dass es bei der Inklusion weniger um Landespolitik geht, sondern eher bundespolitische Belange betroffen sind, da Deutschland sich mit der Unterzeichnung der UN-Konvention 2009 dazu verpflichtet hat, zur Sicherstellung des Rechtes auf Bildung ein inklusives Bildungssystem einzurichten. Im Übrigen bemerkt sie, dass die Inklusion eher nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen wird, sondern vermehrt zulasten der Lehrer geht, sodass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr bewusst den von Herrn Langhorst bereits erwähnten Antrag eingereicht hat. Ziel der Inklusion sollte es letztendlich sein, die Regelschule zur Förderschule umzubauen, um jedes einzelne Kind mit entsprechender pädagogischer Begleitung individuell nach seinen persönlichen Fähigkeiten zu fördern.

Herr Küpperbusch erklärt, dass er beruflich häufig mit Schülerinnen und Schülern aus der Förderschule Am Voßbarg zusammenarbeitet und dabei die Erfahrung gemacht hat, dass die Jugendlichen bestens auf das Berufsleben vorbereitet sind.

Auf eine entsprechende Äußerung von Herrn Langhorst weist Bürgermeister von Essen darauf hin, dass in der jüngeren Vergangenheit Resolutionen grundsätzlich auf den kurzen Weg über den VA im Rat behandelt wurden.

Im weiteren Verlauf der Diskussion werden von einzelnen Ratsmitgliedern die jeweiligen Argumente der Fraktionen weiter verfestigt.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Rastede spricht sich für den Erhalt der Förderschule am Voßbarg mit dem Förderschwerpunkt Lernen aus und fordert die Niedersächsische Landesregierung auf, von der schrittweise (es werden keine neuen Jahrgänge mehr eingeschult) geplanten Schließung der niedersächsischen Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen abzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	16
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 11

Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister von Essen berichtet in einem Vortrag über die Koordination der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe und daraus resultierenden Projekten sowie über das Einzelhandelskonzept der Stadt Oldenburg. Der Bericht ist als Anlage 5 der Niederschrift beigefügt.

Herr Ammermann referiert im Anschluss anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation, die als Anlage 6 der Niederschrift beigefügt ist, über die Sanierungs-, Umbau- und Neubauverfahren beim Straßenbau in der Gemeinde Rastede.

Herr Ahlers bemerkt, dass nicht nur die Straßen in den Siedlungsgebieten Berücksichtigung finden, sondern auch den Moorstraßen eine gewisse Priorität haben sollten.

Herr Langhorst dankt Herrn Ammermann für den informativen Vortrag und bemerkt, dass die Sanierungsmaßnahmen an den Gemeindestraßen sehr viel Geld verschlingen und es nicht Ziel sein kann, die letzte Moostraße mit größtmöglichem Aufwand zu sanieren. Vielmehr sollten sich Landwirte und Lohnunternehmer gegebenenfalls überlegen, ihren Fahrzeugpark den Gegebenheiten im Moor anzupassen.

Herr Segebade legt dar, dass sofern Finanzmittel für die Moorstraßensanierung in die Hand genommen werden, dann auch ein gezielter Einsatz - wie zum Beispiel in der Weidenstraße - ratsam ist. Im Übrigen bittet er die Verwaltung, künftig dafür zu sorgen, dass die Bermen nicht mehr mit Mutterboden, sondern mit vernünftigem Schotter oder Mineralgemisch befestigt werden.

Tagesordnungspunkt 12

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 13

Schließung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Kirchhoff schließt die öffentliche Sitzung des Rates um 19:13 Uhr.